

ATI

**Rechtsausschuß**

# Protokoll

7. Sitzung (nicht öffentlich)

6. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 15.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schreiber (SPD)

Stenographin: Niemeyer

## Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

### 1 Aktuelle Viertelstunde

- a) **"Presseberichte über Zwangsuntersuchungen an deutschen Staatsbürgerinnen bei der Wiedereinreise aus den Niederlanden nach Nordrhein-Westfalen wegen des Verdachts eines illegalen Schwangerschaftsabbruchs"**

(Bitte des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.] um Berichterstattung)

1

Im Anschluß an einen ausführlichen Bericht des Ministers wird in der Diskussion insbesondere auch auf die Auswirkungen dieses Einzelfalles auf die Diskussion über eine Änderung des § 218 StGB eingegangen.

**b) Ermittlungen gegen einen Justizvollzugsbediensteten aus der JVA Bielefeld/Oberems**

(Bitte um Berichterstattung des Abgeordneten Diegel [CDU])

10

Von seiten des Justizministeriums wird der Sachverhalt kurz dargelegt; Abgeordneter Diegel (CDU) will dem Minister weiteres Material zuleiten.

**c) Einsatz von Richtern/Staatsanwälten in den neuen Bundesländern, speziell in dem von NRW betreuten Land Brandenburg**

(Auskunftsersuchen der CDU-Fraktion)

10

Minister Dr. Krumsiek gibt einen kurzen Überblick; in der nächsten Ausschußsitzung möchte er ausführlich berichten.

**d) Verlegung in nordrhein-westfälischen Haftanstalten einsitzender RAF-Gewalttäter in die niedersächsische Haftanstalt Celle zwecks "Zusammenführung"**

(Bitte der CDU-Fraktion um Stellungnahme sowie Bitte um Auskunft darüber, wer die geplante Zusammenlegung initiiert hat, wie der Stand des Verfahrens ist und wie sich die Landesregierung zu der Entschließung des Landtages vom 26. April 1989 - Drucksache 10/4326 - stellt)

12

Im Anschluß an die Schilderung der momentanen Lage durch Minister Dr. Krumsiek erfolgt ein kurzer Meinungs-austausch

Seite

über die Sinnhaftigkeit der Zusammenlegung von RAF-Terroristen und -Terroristinnen zu dialogfähigen Gruppen.

**e) Verfahren Leisler-Kiep/Ablehnungsantrag der Verteidigung**

(Auskunftsersuchen der CDU-Fraktion)

13

Der Justizminister erteilt die entsprechenden Auskünfte.

**f) Anzahl der rechtskräftig verurteilten Staatsanwälte und Richter**

14

Minister Dr. Krumsiek gibt Auskunft, wie viele Richter und Staatsanwälte in den letzten Jahren aufgrund welcher Delikte rechtskräftig verurteilt worden sind.

**2 Verfassungsgerichtliches Verfahren**

14

**a) Verfassungsgerichtliche Prüfung des § 25 Abs. 5 Satz 2**

**1. Halbsatz des Landesbeamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst vom 31. Oktober 1989**

2 BvL 5/90 und 2 BvL 8/90

Vorlagen 11/199 und 11/311

14

- b) Anträge der Frau Dr. Ingrid Bittner und weiterer 23 Mitglieder der PDS im 11. Deutschen Bundestag sowie der Frau Petra Bläss und weiterer Mitglieder der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag betreffend die Zuerkennung des Fraktionsstatus und Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung**

2 BvE 1/91

Vorlage 11/301

15

- c) Antrag des Thomas Wüppesahl, MdB, festzustellen, daß er in seinen Rechten aus Artikel 38 Abs. 1 Grundgesetz verletzt worden ist**

2 BvE 14/90

Vorlage 11/344

15

- d) wegen der Behauptung der Stadt Oelde, die 2. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Bielefeld/Gütersloh verletze die Vorschriften in der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

VerfGH 2/91

Vorlage 11/361

15

Der Ausschuß nimmt keine Stellung.

Rechtsausschuß

06.03.1991

7. Sitzung

ni-pr

Seite

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991  
(Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlagen 11/214, 11/215, 11/262

Zuschriften 11/61, 11/353, 11/354, 11/382

Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des Justizministeriums

und

Antrag der Fraktion der SPD

16

(Abstimmungsergebnisse und Begründungen sind, da insoweit in diesem Protokoll nicht berücksichtigt, der Vorlage 11/406 zu entnehmen.)

Der dem Protokoll als Anlage beigefügte Antrag der SPD-Fraktion wird vom Ausschuß einstimmig unterstützt.

**4 Situation im Strafvollzug**

21

**a) Bericht der Vollzugskommission über einen Besuch in der JVA Bochum am 19. November 1990**

21

**b) Bericht der Vollzugskommission über einen Besuch in der JVA Werl am 18. Dezember 1990**

21

In der sich dem Bericht der Vorsitzenden der Justizvollzugskommission anschließenden Diskussion stehen die Punkte

"Verhältnis Personalrat/Anstaltsleitung in der JVA Werl", im Zusammenhang damit "Versetzungsbereitschaft von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern", "Neurologisch-psychiatrische Erkrankungen insbesondere bei jüngeren Bediensteten" und "Anwesenheit eines Vertreters des Justizministers bei den Gesprächen der Vollzugskommission in den Anstalten" im Mittelpunkt.

**5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG)**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/797

27

Für die den Gesetzentwurf einbringende Fraktion stellt Abgeordneter Appel als Hauptanliegen die Einführung der Verbandsklage im Landschaftsgesetz heraus.

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Beratungen nach Vorliegen einer Stellungnahme des federführenden Ausschusses fortzusetzen.

**6 Verschiedenes**

27

**a) Verteiler für Ausschußprotokolle**

27

Der Vorsitzende bittet die Sprecher der Fraktionen um eine Überprüfung des Verteilers.

Seite

**b) Informationsreisen**

28

Der Vorsitzende erinnert die Sprecher daran, sich über Reiseziele und Termine zu verständigen.

**c) Berichte des Justizministers über das Geschehen im Bundesrat**

28

Der Ausschuß einigt sich darauf, dem Minister mitzuteilen, den Ausschuß vorab über Initiativen, die das Land im Bundesrat einzubringen gedenke, zu unterrichten und ihm im vorhinein Gelegenheit zur Aussprache über vom Land im Bundesrat abzugebende Stellungnahmen zu gewähren.

-----





### **3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlagen 11/214, 11/215, 11/262

Zuschriften 11/61, 11/353, 11/354, 11/382

Einzelplan 04 - Geschäftsbereich des Justizministeriums

und

Antrag der Fraktion der SPD

**Abgeordneter Paus (CDU)** erklärt, die Anträge der CDU-Fraktion bezögen sich auf den ursprünglichen Haushaltsentwurf und ließen die Ergänzungsvorlage, mit der die Landesregierung den Versuch unternommen habe, einen Teil der in dem Ursprungsentwurf vorgesehenen Verbesserungen zurückzunehmen, unberücksichtigt. Das heiße: Die CDU-Fraktion gehe davon aus, daß die mit dem Haushaltsentwurf eingebrachten Verbesserungen ohnehin erhalten blieben. Soweit die SPD-Fraktion in diese Richtung Anträge stelle, werde die CDU-Fraktion sie unterstützen. Sollten die Anträge die Differenz zwischen den Ansätzen im Haushaltsplanentwurf und denen in der Ergänzungsvorlage nicht voll ausgleichen, vertrete die CDU-Fraktion gemäß dem eben Ausgeführten selbstverständlich die Ansicht, daß es eines 100%igen Ausgleichs bedürfe.

**Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)** merkt grundsätzlich zu den Haushaltsplanberatungen an, daß leider habe festgestellt werden müssen, daß die Gespräche am "Runden Tisch" zwischen den Fraktionen über die Erreichung des Sparziels - wengleich die F.D.P.-Fraktion mit von den Vorstellungen der Regierungsfraktion abweichenden Prämissen in die Verhandlungen gegangen sei, habe sie dennoch einen Erfolg gewollt - zu keinem Ergebnis geführt hätten, und zwar vor allen Dingen deswegen nicht, weil die Mehrheitsfraktion Vorschläge in den Haushalt hineinbringe, die den vom Finanzminister mit der Ergänzungsvorlage gesteckten Rahmen wieder völlig zerbrechen ließen.

Rechtsausschuß

06.03.1991

7. Sitzung

ni-pr

Die Beratungssituation werde dadurch verschlimmert, daß die Zusage, auch vom SPD-Fraktionsvorsitzenden gegeben, den Abgeordneten spätestens am 4. März das Gesamtkonzept zuzuleiten, nicht eingehalten worden sei und somit für die Oppositionsfractionen ausscheide, Schwerpunkte im Haushalt aufzufinden, zu überprüfen und zu entscheiden, ob sie mitgetragen werden könnten oder nicht. Ohne diesen Überblick über das Gesamtkonzept werde sich seine Fraktion auch nicht zu - vielleicht im Einzelfall durchaus sinnvollen - konkreten Positionen äußern und sich bei der Abstimmung - ohne daß dies eine inhaltliche Bewertung bedeute - enthalten. Aus demselben Grund habe sie selbst keine Anträge eingereicht.

**Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** legt noch einmal dar, daß die CDU-Fraktion dem ursprünglichen Haushaltsplanentwurf, bis auf wenige Ausnahmen, hätte zustimmen können. Auch in Kreisen der betroffenen Verbände sei er seines Erachtens auf eine positive Bewertung gestoßen. Dies rechtfertige eine Rückkehr zu dem zunächst vorgelegten Entwurf.

Ohne Zustimmung der CDU-Fraktion werde die Durchführung der Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre bleiben. Die Vollzugsbediensteten würden durch diese Maßnahme in ihren berechtigten Interessen in besonderem Maße getroffen. Aus sozialen Gründen halte die CDU-Fraktion diese Eingriffe gerade in bezug auf die unteren Tarif- und Besoldungsgruppen für unvermeidbar. Aus seinen persönlichen Erfahrungen als Mitglied der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" in früheren Jahren füge er hinzu: Mit einer Stellenbesetzungssperre könne man einmal, aber nicht wiederholt operieren; denn dann vermittele man der Öffentlichkeit den Eindruck der Überbesetzung des öffentlichen Dienstes und mache sich und das Parlament unglaubwürdig.

**Abgeordneter Dr. Haak (SPD)** meint, unter ganz besonderen Umständen fänden die Haushaltsberatungen sicherlich auch noch in den nächsten Jahren aufgrund des deutschen Einigungsprozesses statt. Hinzu kämen diesmal die Kosten für den Golfkrieg und die Auswirkungen der Steuererhöhungen auf Länder und Gemeinden.

Grundsätzlich nicht von der Hand zu weisen wären die Argumente Dr. Kloses im Hinblick auf die Stellenbesetzungssperre. Nur betragen die Personalkosten 40 % des Gesamtetats; und da viele Positionen im Haushalt unveränderlich festlägen, sei eine Einschränkung - so bedauerlich diese Maßnahme auch sein möge - in diesem

Rechtsausschuß

06.03.1991

7. Sitzung

ni-pr

Bereich ein Mittel, um die von Nordrhein-Westfalen geforderten 1,4 Milliarden DM für die Finanzierung der deutschen Einheit aufzubringen. Sicherlich müßten aber Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre geprüft werden, zum Beispiel betreffend sicherheitsempfindliche Bereiche.

Unverändert bleibe der Justizetat im übrigen in zwei wesentlichen Punkten, nämlich bezüglich der Stellen für Richter zur Abwicklung der Asylverfahren und hinsichtlich des Drogenprogrammes.

**Abgeordneter Appel (GRÜNE)** bringt sein Unbehagen über das Verfahren zum Ausdruck. Der Sache dienlicher wäre ein längerer Beratungszeitraum gewesen, nicht zuletzt um zu untersuchen, ob das Sparen in bestimmten Bereichen nicht als Reformkonzept hätte dienen können. So aber habe man pauschal den gesamten öffentlichen Dienst einbezogen; qualitative Akzente, die auch von seiten der Landesregierung erwünscht gewesen wären, hätten nicht gesetzt werden können.

Ferner wolle er daran erinnern, daß Nordrhein-Westfalen nicht von sich aus 1,4 Milliarden DM offeriert hätte, sondern herangezogen werde, um von der Bundesregierung vor der Bundestagswahl ausgestellte, ungedeckte Schecks einzulösen.

**Abgeordnete Morawietz (SPD)** unterstützt die Auffassung, daß Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre für den sicherheitsrelevanten Bereich im Justizvollzug gelten müßten, zumal sich ansonsten notwendig werdende Überstunden finanzpolitisch negativer auswirkten als Neueinstellungen.

Bezug nehmend auf die Erklärung des Abgeordneten Paus weist **Minister Dr. Krumsiek** darauf hin, daß das Land Nordrhein-Westfalen aus Solidarität zu den fünf neuen Bundesländern bekanntlich einen Betrag von 1,4 Milliarden DM erwirtschaften müsse. Nach weiterhin gültiger Auffassung der Landesregierung sollte diese Summe durch Kürzungen im eingebrachten Haushaltsentwurf aufgebracht werden.

Was den Beförderungsstopp anbelange, ruft **Dr. Krumsiek** das 5. Besoldungsänderungsgesetz ins Gedächtnis, nach dem die Eingangsbesoldungsgruppe A 5 entfalle und die Beamten sofort nach A 6 eingestuft würden. Außerdem unterlägen die im

Vollzugsdienst möglichen, sich aus Nachschlüsselungen ergebenden 1 600 Beförderungen keiner Sperre.

#### **Kap. 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen**

(Begründungen der Fraktionen zu den Anträgen sind im folgenden nur aufgeführt, soweit sie nicht der Vorlage 11/406 zu entnehmen sind; bezüglich der Abstimmungsergebnisse wird grundsätzlich auf die o. g. Vorlage verwiesen.)

**Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)** erkundigt sich nach dem Stand der Vorarbeiten für den "Neubau für die Justizvollzugsanstalt Essen in Gelsenkirchen-Feldmark" - Tit. 774 00 -, für die in 1990 und '91 immerhin 800 000 DM veranschlagt worden seien, und ob die Grundstückstransaktion zwischen der Stadt Gelsenkirchen und dem Land inzwischen hätten abgeschlossen werden können. - Aus Essen sei zu erfahren, daß die dortigen Politiker, die in den letzten zehn Jahren nicht in der Lage gewesen seien, ein Grundstück anzubieten, sich anders besonnen hätten und die Pläne mit einem Federstrich stoppen wollten, so daß die genannten 800 000 DM "zum Fenster hinausgeworfen" gewesen wären.

Die Essener Haftanstalt genügt nach den Worten **Minister Dr. Krumsieks** den Anforderungen des modernen Strafvollzugs nur noch in eingeschränktem Maße; es bedürfe eines Neubaus. Aufgrund von Aussagen von Essener Seite, kein etwa 10 Hektar großes Grundstück zur Verfügung stellen zu können, sei man auf Gelsenkirchen ausgewichen. Die Vorarbeiten dort liefen weiter - im übrigen habe die Stadt Essen auch jetzt kein konkretes Angebot unterbreitet - und würden auch nicht durch die Ankündigung der Landesregierung, keine Neubaumaßnahmen zu beginnen, beeinträchtigt.

**Leitender Ministerialrat Schneider (Justizministerium)** ergänzt, die für 1990 etatisiert gewesenen 300 000 DM dienten der Deckung der durch Bodenuntersuchungen auf Altlasten entstehenden Kosten und würden - je nach Höhe der Kosten - noch in Anspruch genommen. Die für 1991 veranschlagten 500 000 DM seien für einen Architektenwettbewerb vorgesehen. Das Staatshochbauamt Recklinghausen habe den Auftrag erhalten, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Hinsichtlich des Grundstücks stehe noch zur Diskussion, ob die Stadt Gelsenkirchen und das Land letztendlich Grundstücke tauschten oder die Stadt Gelsenkirchen dem Land den ihm noch nicht gehörenden Grundstücksteil des in Aussicht genommenen Areals verkaufe - der größte Teil des Grundstücks befinde sich ohnehin im Eigentum des Landes.

### **Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter**

**Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** erkundigt sich, ob das Land wieder den ihm gemäß dem Verteilungsschlüssel obliegenden Anteil leiste.

Von seiten des **Justizministeriums** wird mitgeteilt, daß auf der letzten Justizministerkonferenz eine Einigung mit dem Land Niedersachsen dahin gehend erzielt worden sei, daß Hilfe entweder finanziell oder durch Zurverfügungstellung von Personal geleistet werden könne. Dem Antrag Niedersachsens, für sechs Monate einen Staatsanwalt abzuordnen, sei man gefolgt. Hinsichtlich einiger Nachforderungen Niedersachsens müsse noch verhandelt werden.

Den Haushaltsansatz allerdings habe man in ganzer Höhe gestrichen.

**Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** wendet ein, daß, da sich inzwischen wohl die Auffassung durchgesetzt habe, daß es sich um eine sehr sinnvolle Einrichtung handle, eigentlich der Ansatz in vollem Umfange wieder hätte ausgebracht werden müssen, und möchte wissen, ob mit der Entsendung des Staatsanwalts der dem Schlüssel entsprechende Anteil getragen werde.

Nach nicht belegten Darstellungen des Landes Niedersachsen sei dies nicht der Fall, erwidert ein Vertreter des **Justizministeriums**; man habe das niedersächsische Justizministerium um Erläuterung des präsentierten Zahlenmaterials gebeten.

### **Antrag der Fraktion der SPD**

Der **Ausschuß** unterstützt den diesem Protokoll als **Anlage** beigefügten Antrag einstimmig.

#### **4 Situation im Strafvollzug**

- a) **Bericht der Vollzugskommission über einen Besuch in der JVA Bochum am 19. November 1990**
- b) **Bericht der Vollzugskommission über einen Besuch in der JVA Werl am 18. Dezember 1990**

Die Vorsitzende der Vollzugskommission, **Abgeordnete Morawietz (SPD)**, berichtet:

Für die Vollzugskommission war sehr deutlich eine Klimaverbesserung in dieser Haftanstalt mit 700 Haftplätzen für Männer gegenüber dem letzten Besuch feststellbar. Der Führungsstil des neuen Anstaltsleiters scheint dazu nicht unwesentlich beizutragen. Im nachhinein möchte ich kritisch anmerken, daß eine Reihe der in der JVA aufgetretenen Probleme wahrscheinlich hätte vermieden werden können, wenn früher über die Nachfolge des damaligen Leiters nachgedacht worden wäre. Die Vakanzzeit war unserer Meinung nach zu lang und war unzutraglich für das Klima.

Der Rundgang ergab, daß sowohl die Unterbringung der Gefangenen als auch die Arbeitssituation der Bediensteten eine bauliche Generalsanierung in Kürze erforderlich machen.

Die Anstalt war am Besuchstag wie auch während der letzten beiden Jahre voll belegt. Die Unterbringung der Gefangenen erschien uns teilweise unzumutbar, besonders was einige besonders kleine und spärlich möblierte Zellen in Haus 3 anging, als erst recht hinsichtlich der Notbelegungen. Angesichts